

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie wichtig der Stadt Wien die Gesundheit und die soziale Absicherung ihrer BürgerInnen sind, zeigen schon die Ausgaben der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales: Die Nettosozialausgaben betragen laut Rechnungsabschluss 2013 rund 1,3 Mrd. Euro. Der Hauptteil der Ausgaben entfiel auf die Pflege und Betreuung sowie auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Insgesamt nahmen im Jahr 2013 über 232.000 WienerInnen eine Leistung des Fonds Soziales Wien (Pflege und Betreuung, Behindertenhilfe, Wohnungslosenhilfe, Grundversorgung und Schuldnerberatung) oder der Magistratsabteilung 40 (Bedarfsorientierte Mindestsicherung) in Anspruch.

Das engmaschige Netz an Sozialleistungen ist gerade in Krisenzeiten ein wichtiges Instrument zur unmittelbaren Abfederung von sozialen Risiken. Trotzdem sehe ich Sozialpolitik auch in Zeiten der Krise nicht als bloße Armutsverwaltung. Wir brauchen und setzen auch Impulse zur Überwindung der Problemlagen und zur Prävention. In diesem Sinne bieten die umfangreichen Analysen des Wiener Sozialberichts eine ausgezeichnete Grundlage für gezielte Strategien und Maßnahmen.

Ich möchte vor allem zwei Entwicklungen herausgreifen, die mir sehr am Herzen liegen und die die Sozialpolitik in den nächsten Jahren prägen werden:

Strategiekonzept Pflege und Betreuung in Wien 2030

Wien wird das demografisch jüngste Bundesland bei einer gleichzeitig steigenden Anzahl hochbetagter Personen. So wird die Anzahl der über 85-Jährigen bis in das Jahr 2030 um rund 20.000 Personen auf 61.800 Personen steigen. Dieser Anstieg wird zwar erst ab 2025 massiv einsetzen, er wird aber zu einer Erhöhung der über 85-Jährigen um rund ein Drittel innerhalb von etwas mehr als fünf Jahren führen.

Das Pflege- und Betreuungsangebot der Stadt muss auf diese Entwicklung rechtzeitig vorbereitet sein.

Die Stadt Wien hat mit dem *Geriatriekonzept* aus dem Jahr 2004 die Grundlage für eine umfassende Neustrukturierung der Pflege- und Betreuungslandschaft in Wien geschaffen, die weit über das Jahr 2015 hinausreichen wird. Der Schwerpunkt des Konzepts lag in der Modernisierung des stationären Bereiches. Rund 919 Mio. Euro hat die Stadt in den Neubau von Pflegeeinrichtungen gesteckt und damit rund 3.400 Plätze neu geschaffen. Zugleich wurden die mobilen und teilstationären Leistungen ausgebaut. Mit der Strukturreform im Jahr 2004 erfolgte eine Neuorganisation des Sozialbereiches. Für die operative Steuerung, die Beratung und die Förderung ist der Fonds Soziales Wien zuständig, die strategische Planung und Steuerung (Bedarfsplanung) wird von der Magistratsabteilung 24 durchgeführt. Der Fonds Soziales Wien und die Magistratsabteilung 24 sorgen gemeinsam dafür, dass die WienerInnen im Bedarfsfall auf eine vielfältige und qualitativ hochwertige Versorgung zurückgreifen können.

Ich bin sehr stolz, dass es gelungen ist, das *Geriatriekonzept* auf Punkt und Beistrich umzusetzen. Mit der Eröffnung des Pflegewohnhauses Rudolfsheim-Fünfhaus kann das *Geriatriekonzept* als umgesetzt betrachtet werden. Wien verfügt damit über die modernsten Pflege- und Betreuungseinrichtungen und wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass sich die WienerInnen auf die Stadt und im Falle der Pflegebedürftigkeit auf entsprechende Unterstützung verlassen können. ExpertInnen der Stadt haben unter Berücksichtigung der aktuellen und künftigen Herausforderungen ein neues Strategiekonzept (*Pflege und Betreuung in Wien 2030*) erarbeitet. Die Schwerpunkte des Konzepts liegen in der Weiterentwicklung der mobilen Versorgung, einer größeren Durchlässigkeit von mobiler und stationärer Versorgung sowie in der Prävention



© Foto: Peter Rigand

Mag.^a Sonja Wehsely
Amtsführende Stadträtin für
Gesundheit und Soziales

und Remobilisation. Neue Angebote im Bereich der mobilen Versorgung sollen den Verbleib zu Hause so lange wie möglich zulassen. Dazu zählt auch ein Angebotspaket für Angehörige, das diese entlasten soll, sowie mobile bzw. teilstationäre Remobilisationsangebote. Ein wichtiges Anliegen ist mir, die WienerInnen zu ermuntern, sich rechtzeitig auf das Alter vorzubereiten. Daher wird die Stadt das Informations- und Beratungsangebot ausweiten und stärker auf die Prophylaxe ausrichten (z.B. Wohnungsadaptierungen, Unterstützung beim Wechsel in eine geeignetere Wohnform).

Wiener Jugendunterstützung

Die Umstellung der Sozialhilfe auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Anhebung der Mindeststandards für minderjährige Kinder sowie die Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben auch zu einer Veränderung der Zielgruppe in der bedarfsorientierten Mindestsicherung geführt. Die Mindestsicherung ist zu einer wichtigen finanziellen Unterstützung für einkommensschwache Familien mit Kindern in Wien geworden. 2013 bezogen rund 25.700 Familien mit Kindern eine bedarfsorientierte Mindestsicherung. Das entspricht in etwa 30% aller Bedarfsgemeinschaften. Sie weisen meist geringe Arbeits- oder Arbeitsloseneinkommen bzw. Kinderbetreuungsgeld auf. Die hohen Mindeststandards in der Mindestsicherung sind neben dem beitragsfreien Kindergarten und der neuen Gratis-Nachhilfe wichtige Instrumente zur Bekämpfung von Kinder- bzw. Familienarmut und sollen die Teilhabechancen unserer jungen MitbürgerInnen (auch im späteren Leben) erhöhen. Eine neue Strategie, die ebenfalls auf die Inklusion von jungen Menschen in dieser Stadt abzielt, ist die geplante *Wiener Jugendunterstützung*. Die Anzahl der jungen arbeitsfähigen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden BezieherInnen der Mindestsicherung ist in den letzten Jahren (vor allem 2011) angestiegen. Rund 18.000 15- bis 25-Jährige beziehen eine Leistung aus der Mindest-

sicherung. Dies lässt auf Probleme beim Übergang von der Schule zum Beruf schließen. Um auch diese jungen Menschen stärker in die bereits bestehenden Angebote der *Wiener Ausbildungsgarantie* einzubeziehen, soll die Kooperation zwischen dem AMS Wien und der Stadt in der täglichen Arbeit verbessert werden. Die Jugendlichen sollen eine zielgenaue Unterstützung durch ein gemeinsames und vor allem kontinuierliches Unterstützungsmanagement erhalten. Sie sollen künftig nur mehr eine Anlaufstelle haben, die sich um die berufliche Integration sowie die finanzielle Unterstützung (unabhängig davon, ob es sich um eine Leistung des AMS oder aus der Mindestsicherung handelt) kümmert. Die Erleichterungen beim Zugang zu den Leistungen des AMS und der Stadt sollen mit einer aktiveren Mitwirkung auf Seite der Jugendlichen verbunden sein. Derzeit wird an der Ausgestaltung dieser Idee gearbeitet. Bis Herbst 2015 soll ein gemeinsames Konzept vorliegen.

Der vorliegende Wiener Sozialbericht weist auf etliche Entwicklungen hin, die in den nächsten Jahren vielleicht neue Strategien und Maßnahmen erfordern werden. Viele davon sind in Vorbereitung, bei vielen müssen die Auswirkungen noch näher beobachtet und analysiert werden. Ich wünsche mir, dass wir auf Basis dieser Fakten in eine konstruktive Diskussion eintreten können. Es geht um unsere soziale Sicherheit, um die Beseitigung von Ungleichheiten und geringeren Chancen sowie letztendlich um den Erhalt des sozialen Friedens in dieser Stadt. In diesem Sinne hoffe ich, dass dieser Bericht eine Fülle von Informationen bereithält, die für Sie interessant sind.

Ihre Mag.^a Sonja Wehsely
 Amtsführende Stadträtin für
 Gesundheit und Soziales

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sozialplanung hat viele Aufgaben, eine davon ist die systematische Sammlung und Analyse von Daten über soziale Entwicklungen in unserer Stadt. Dieses Wissen ist nicht nur die Grundlage für die Planungsarbeit, sondern auch für die politische Entscheidungsfindung. Da sich der Großteil der sozialen Leistungen der Stadt an Menschen richtet, die nur über geringe Einkommen verfügen, liegt der Schwerpunkt der Analyse bei den sozialen Rahmenbedingungen, in denen von Armut betroffene Menschen in Wien leben. Ob es sich nun um die Entwicklungen am Wohnungs- oder Arbeitsmarkt oder der Einkommen handelt, sie haben Einfluss auf die Inanspruchnahme der sozialen Leistungen der Stadt, wie zum Beispiel die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Wohnungslosenhilfe oder die Schuldnerberatung. Auch die Leistungen für Menschen mit Behinderung oder für pflegebedürftige Menschen in Wien richten sich zum überwiegenden Teil an Menschen mit niedrigen Einkünften.

Die derzeit angespannte wirtschaftliche Lage in den meisten Ländern Europas, von der auch Österreich betroffen ist, hat Auswirkungen auf die soziale Lage der Wiener Bevölkerung. So ist die Arbeitslosigkeit in Österreich und auch in Wien im letzten Jahr gestiegen. Die Stadt musste trotz Konsolidierungskurs größere Anstrengungen tätigen, den Entwicklungen gegenzusteuern. Diese Maßnahmen sollen zum einen das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung durch entsprechende Investitionen stabilisieren bzw. ankurbeln. Zum anderen gehört es zum langjährigen Verständnis dieser Stadt, jene zu schützen, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Im Wiener Sozialbericht 2015 finden Sie eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen, die im Sozialbereich getroffen wurden.

Als Leiterin der Magistratsabteilung 24 Gesundheits- und Sozialplanung freut mich besonders, dass mit diesem Wiener

Sozialbericht auch die Verschränkung des Gesundheitsbereiches mit dem Sozialbereich gelungen ist. Der neue Wiener Sozialbericht enthält eine Analyse zum Thema Gesundheit und Armut. Dieser erste Schritt soll sich nicht nur auf die Ebene der Berichterstattung beschränken, sondern in die konkrete Planungsarbeit einfließen. Sowohl im Bereich der Pflege als auch im Bereich der Behindertenhilfe gibt es bereits konkrete Umsetzungsprojekte (z.B. integrierte Demenzversorgung, Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung).

Die Bereiche Gesundheit und Soziales wurden im Zuge der Strukturreform 2004 in Wien gebündelt und in einer Geschäftsgruppe zusammengefasst. Die Magistratsabteilung 24 als strategische Abteilung der Geschäftsgruppe befasst sich mit beiden Themen und durch die organisatorische Verschränkung können die Schnittstellen zwischen dem Gesundheits- und Sozialsystem besser abgestimmt werden.

Ich möchte mich bei meinen MitarbeiterInnen sowie bei allen, die an der Entstehung des Berichtes mitgewirkt haben, recht herzlich bedanken und wünsche Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, eine spannende Lektüre mit dem Wiener Sozialbericht 2015.

Mag.^a Agnes Berlakovich
Abteilungsleiterin der MA 24 –
Gesundheits- und Sozialplanung

© Foto: Wilke



Mag.^a Agnes Berlakovich
Leiterin der MA 24 –
Gesundheits- und Sozialplanung